

Bad Homburger Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 1.75 Rmk. monatlich frei Haus. — Erscheint werktäglich nachmittags. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streit etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingelangte Zuschriften übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 15 Pf.

Kreisanzeiger für den Oberrhein-Kreis

Bad Homburger Tageszeitung und Anzeiger
Bad Homburger Lokal- und Fremdenblatt * Taunuspost

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 mm breite Nonpareilzeile kostet 20 Pf. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 88 mm breite Nonpareilzeile kostet 1.—, zwischen Text 1.50 Rmk. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Möglichkeit aber ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Pf.

2707 - Fernsprech-Anschluß - 2707 Geschäftsstelle, Redaktion und Druckerei: Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 24 Postfachkonto Frankfurt-M. 398 46

Nummer 295

Donnerstag, den 17. Dezember 1931

6. Jahrgang

Keine Reichstagsseinberufung.

Alle Anträge im Völkischenrat abgelehnt.

Berlin, 16. Dezember.

Der Völkischenrat des Reichstages hat alle Anträge auf vorzeitige Einberufung des Reichstages von neuem abgelehnt. Für diese Anträge setzten sich nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Deutsche Volkspartei ein.

Außer dem Landvolk waren in der Völkischenratsitzung alle Fraktionen vertreten. Die Landvolkpartei hatte in einem Brief an den Präsidenten Lohse seine ablehnende Haltung gegenüber den Anträgen auf Einberufung des Reichstages schriftlich begründet. In dem Brief kommt zum Ausdruck, daß die Notverordnung eine Reihe grundlegender

Forderungen des deutschen Landvolkes

erfülle oder doch der Erfüllung nähergebrachte habe, und zwar nicht nur in landwirtschaftlichen Fragen sondern auch bei dem durchgreifenden Abbau von Löhnen und Gehältern und dem Abbau erhöhter Preise und Preisspannen. Die Landvolkpartei erwartet durch Verhandlungen weitere Verbesserungen für die Veredelungswirtschaft, kann sich aber eine solche durch Einberufung des Reichstages nicht versprechen und ist deshalb gegen die Einberufung des Reichstages.

Da mit neuen Anträgen auf Einberufung des Reichstages noch vor dem 23. Februar 1932 zu rechnen ist, wurde als Termin für den Wiederzusammentritt des Völkischenrates zur Entscheidung über solche Anträge der 11. oder 12. Januar in Aussicht genommen.

Staatssekretär Dr. Brüder hat zu Beginn der Sitzung im Namen der Reichsregierung erklärt, daß die schon mehrfach dargelegten Gründe gegen die Einberufung des Reichstages weiterbestehen und verstärkt seien durch die gegenwärtigen außenpolitischen Verhandlungen.

Die letzte Reichsratsitzung vor dem Fest.

Der Reichsrat hält seine nächste Vollversammlung, die zugleich die letzte vor Weihnachten ist, am nächsten Sonnabend ab. Neben zahlreichen Eingaben und kleineren Vorlagen steht auch der Gesetzentwurf über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen schon auf der Tagesordnung. Weitere Beratungsgegenstände sind eine Verordnung über Versicherungsbeiträge vorübergehender Dienstleistungen in der Angestelltenversicherung und eine Verordnung über die gesundheitliche Behandlung der Seefische in den deutschen Häfen.

Die Senkung der Mieten.

Die Ausführungsbestimmungen der Reichsregierung.

Berlin, 16. Dezember.

Von der Reichsregierung ist eine Verordnung zur Durchführung des Kapitels „Mietentung“ der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vollzogen worden.

Die Durchführungsvorordnung legt allen Vermietern die Pflicht auf, den Mietern unverzüglich den Mietzins mitzuteilen, der für die mit dem 1. Januar 1932 beginnende Mietzeit zu zahlen ist. Das gilt für alle Mietverhältnisse über Wohnungen und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten. In der weiteren Behandlung bestehen zwischen Alt- und Neubauwohnungen erhebliche Unterschiede.

In den Altbauten

beträgt die Mietentung bekanntlich bei Geschäftsräumen und Wohnungen ohne Rücksicht darauf, ob gefehlende oder vereinbarte Miete gezahlt wird 10 v. H. der Friedensmiete. Mieterminderungen, die der Vermieter im Laufe des Jahres 1931 zugestanden hat, dürfen auf die gefehlende vorgeschriebene Mietentung angerechnet werden.

Eine Ausnahme besteht, wenn die Friedensmiete nach Paragraph 2 des Reichsmietengesetzes festgesetzt worden ist.

In den Neubauten,

die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, ist der Betrag, um den der Vermieter durch die Preisermäßigung entlastet wird, in Abzug zu bringen. Die Festsetzung der neuen Miete kann sich verzögern, wenn die Hypotheken von ausländischem Geld gegeben wurden. In solchen Fällen muß den Mietern eine vorläufige Mittelung über die im Januar zu zahlende Miete zugehen. Spätestens bis zum 25. Januar 1932 muß auch bei Neubauten der Vermieter den endgültigen Mietbescheid erteilen. Die Länder haben Stellen zu bestimmen, die im Streitfälle zu entscheiden haben.

Den Gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen ist die Verpflichtung auferlegt worden, eine möglichst Angleichung an Mieten vergleichbarer Wohnungen vorzunehmen.

Der Bankentwurf in Amerika.

1200 Banken im letzten Jahr geschlossen.

New York, 16. Dezember.

Zehn weitere amerikanische Banken haben ihre Schalter geschlossen. Durch die Zahlungseinstellung der Federal Nationalbank in Boston, die auf außergewöhnlich starke Abzüge in den letzten Tagen zurückzuführen ist, sind neun weitere dem Verband angeschlossene Bankinstitute im Staate Massachusetts betroffen worden. Seit Anfang des Jahres haben 1200 Banken in Amerika ihre Schalter schließen müssen.

Reichskraftwagenentwurf ermäßigt

Senkung um 5 bzw. 15 v. H.

Berlin, 16. Dezember.

Mit sofortiger Wirkung hat der Reichsverkehrsminister die folgende Senkung des Reichskraftwagenverkehrs verfügt.

Die im Abschnitt 1 vorgesehenen Frachten für Ladungen von bis 1000 kg und die im Abschnitt 2 vorgesehenen Frachtsätze für die Gewichtsklassen von 1001 bis 3600 kg werden um 15 v. H., die übrigen Frachtsätze im Abschnitt 2 um 5 v. H. ermäßigt.

Diese Tarifänderung ist als Zwischenlösung anzusehen. Die im Tarif enthaltenen Tabellen werden deshalb auch zunächst nicht neu aufgestellt. Es ist beabsichtigt, den in der Verordnung über den Überlandverkehr mit Kraftfahrzeugen vorgesehenen Tarifbeitrag in der ersten Hälfte des Monats Januar einzuberufen. Seine Aufgabe wird es sein, zu den zahlreichen, seit der Neuordnung des Güterfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen geäußerten Wünschen Stellung zu nehmen und eine Grundlage für die Entschliessung des Reichsverkehrsministers über die organische Neugestaltung des Tarifs zu schaffen. Die Tarifarbeiten sollen so beschleunigt werden, daß der neue Tarif am 1. Februar in Kraft treten kann.

... und die Schiffsabgaben.

Die Schiffsabgaben auf den Reichsbinnenwasserstraßen und in den reichseigenen Binnenhäfen sind mit Wirkung vom 16. Dezember 1931 um mindestens 10 Prozent gesenkt worden. Auf den mitteldeutschen Reichswasserstraßen ist der Abgabensatz für die im Linien-Eilgüterverkehr beförderten Stückgüter sogar von 14 Pfennig je Tonne auf 11 Pfennig je Tonne und Hebestelle ermäßigt; für die Schiffsabgaben auf den westdeutschen Kanälen gelten wieder die Abgabensätze aus der Zeit vor der Erhöhung von 1928. Darüber hinaus ist auf diesen Kanälen der Schlepplohn für leere Rähne in den hauptsächlich in Betracht kommenden Verkehrsbeziehungen um 26,6 Prozent, für beladene Rähne um 12,9 bis 17,7 Prozent in den verschiedenen Güterklassen gesenkt worden.

Neben der allgemeinen Senkung bleibt der bereits bestehende Lebensmittelnotariff, der eine Ermäßigung von 10 Prozent vorsieht, weiter in Kraft.

Senkung der Kohlentarife der Reichsbahn.

Die Maßnahmen zur Senkung der Reichsbahntarife entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung sehen vor, daß von den 300 Millionen, die für die Tarifsenkungen in Aussicht genommen worden sind, 85 Millionen für die Senkung der Kohlentarife dienen sollen. Davon sind 60 Millionen für den Ausnahmestarif 6 bestimmt.

Der Kampf um das Moratorium.

Scharfe Debatte im Repräsentantenhaus.

Washington, 16. Dezember.

Die fälligen Raten der alliierten Schulden an Amerika im Gesamtbetrag von 31 Millionen Dollar als Abzahlung auf die Schuldbeträge und 92 Millionen Dollar Zinsen sind nicht gezahlt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachtet indessen die Schuldner deswegen nicht als in Verzug befindlich. Im Bundeskongreß, besonders im Unterhaus, ließ sich der Abg. Mac. Fadden, der gegen die Ratifizierung des Hoover-Moratoriums agitiert, in maßloser Weise gegen Präsident Hoover und die „prodeutschen Bankiers“ aus.

Im Finanzausschuß des Unterhauses, der zurzeit den Moratoriumsgegenentwurf berät, erklärte Unterstaatssekretär Mills, es wäre eine „ewige Schande“ für Amerika, wenn der Kongreß das Moratorium ablehnte, da im Juni 276 Parlamentarier, darunter mehr als zweidrittel Senatoren, dem Präsidenten auf dessen Anfrage ihre Zustimmung zu seinen Plänen erklärt hätten.

Nach einem Bericht Stimsons im Ausschuß wird die Vorlage an das Plenum gehen. Nach Ansicht der Fraktionsführer ist das Moratorium deswegen in eine so feindliche Atmosphäre geraten, weil es in der Sonderbotschaft des Präsidenten mit der Frage einer weiteren Reduzierung oder Verzögerung der alliierten Zahlungen verknüpft worden sei. Die Majorität des Kongresses und der öffentlichen Meinung habe volle Sympathie mit Deutschland.

Frankreich, das 22 Prozent seines Gesamtbudgets für Kriegsrüstung ausbeut, bringe sich mit sich selbst in Widerspruch, wenn es seinen Premierminister nach Washington sende in der Absicht, die Kosten des europäischen Krieges den amerikanischen Steuerzahlern aufzuhallen.

Auch im Senat wurde von einigen Rednern eine Streichung der alliierten Schulden schroff abgelehnt.

Der Konflikt im Osten.

Neue Kämpfe. — Standrecht in Nanjing

Mukden, 16. Dezember.

An der südmandschurischen Eisenbahn hat ein neuer chinesischer Angriff gleichzeitig an drei verschiedenen Punkten eingesetzt. Chinesische Truppen und Banditen griffen die Ortschaften Tschengtschiatun und Ninschwang an, in denen sich kleine japanische Besatzungen befanden.

Die Japaner sandten sofort ein Flugzeuggeschwader von Mukden nach Tschengtschiatun, um die dortige Garnison gegen den Angriff von etwa 3000 Chinesen zu schützen. Nach Tschengtschiatun wurden Verstärkungen geschickt. Es kam zu einem Gefecht, bei dem fünf Japaner getötet und zehn verwundet wurden. Bei Ninschwang haben sich ebenfalls chinesische Truppen und Banditen in Stärke von etwa 2000 Mann gesammelt, die mit einer Erstürmung der Stadt drohen.

In Nanjing ist infolge der großen Studentenunruhen das Standrecht erklärt worden.

Deutsche Tageschau.

Zum Schutz des inneren Friedens in Preußen.

Der preussische Minister des Innern hat an alle Polizeibehörden zur Durchführung der Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Dezember über den Schutz des inneren Friedens u. a. folgendes bestimmt: Das Tragen von Abzeichen oder einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, ist außerhalb der eigenen Wohnung für jedermann verboten. Das Verbot ist allgemein und von reichsweit selbst unmittelbar ausgesprochen. Es bezieht sich sowohl auf Abzeichen aller Art, also auf die üblichen kleinen Anstecknadeln wie auch auf jede einheitliche Kleidung, wenn diese die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet. — Bis zum 3. Januar 1932 einschließlich sind alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten. Ausnahmen sind nicht zulässig.

Das sächsische Volksbegehren erfolgreich.

Die Einzeichnungsfrist für das von kommunistischer Seite eingereichte und von den Deutschnationalen, Nationalsozialisten und einigen kleineren Gruppen unterstützte Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtags ist abgelaufen. Im ganzen Freistaat beteiligten sich 20,48 Prozent der 3 580 541 Stimmberechtigten.

Ernte Lage der Städte.

Berlin, 16. Dezember.

Der engere Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Mülert mit der durch die letzten Notverordnungen geschaffenen Sachlage befaßt und auf neue mit besonderer Dringlichkeit auf den Ernst der Lage der Städte hingewiesen.

Während die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nach ihrem letzten Ausweis Rücklagen vornehmen kann steigt die Zahl der Erwerbslosen, die ausschließlich von der Kommunen unterhalten werden, von Monat zu Monat. Die Jahresbelastung der Gemeinden durch die Wohlfahrts-erwerbslosen beträgt gegenwärtig mehr als eine Milliarde Mark. Die Unterstützungssätze lassen sich in den meisten Gemeinden nicht mehr herabsetzen. Die Finanz- und Kassen-schwierigkeiten der Gemeinden müssen rasch behoben werden, damit die Weiterzahlung der Unterstützungen, Löhne und Zinsen gesichert wird.

Sparverordnung in Preußen.

Einschneidende Maßnahmen.

Berlin, 16. Dezember.

Nach einer Meldung des sozialdemokratischen Pressebüros hat die preussische Regierung eine Verordnung erlassen, die im Entwurf fertiggestellt ist und einschneidende Sparmaßnahmen vorsieht.

Entsprechend der Verordnung der Reichsregierung ist eine Kürzung der Gehälter vorgesehen. Außerdem sind zahlreiche Maßnahmen zur Herabsetzung der Verwaltungsausgaben in Aussicht genommen. U. a. werden vierzig Oberförster abgebaut. Geschlossen werden sämtliche Staatstheater bis auf das Opernhaus und das Schauspielhaus in Berlin, sämtliche pädagogischen Akademien bis auf sechs. Außerdem werden 30 bis 40 kleine Amtsgerichte zusammengelegt.

Die geplante Herabsetzung der Altersgrenze der Beamten von 65 auf 62 ist fallen gelassen worden. Auch die Aufhebung zahlreicher Landkreise hat das Kabinett nicht beschlossen. Der Schachtsteuer ist ebenfalls noch nicht zugestimmt worden.

Hitler antwortet Brüning

auf die Rundfunkrede des Kanzlers.

München, 16. Dezember.

Im „Völkischen Beobachter“ antwortet Hitler dem Reichskanzler auf die Rede, die Dr. Brüning im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der letzten Notverordnung im Rundfunk gehalten hat.

Hitler erklärt, die Partei sei jederzeit bereit, die Verantwortung zu übernehmen. In seiner Partei habe es einzelne Führer gegeben, die mit seiner Legalitätsauffassung nicht übereinstimmen, erklärt aber, daß solche Männer aus der Partei entfernt worden seien. Weiter heißt es, er habe seinen treuen Anhängern Waffenlosigkeit befohlen, aber den Befehl, sich wehrlos abzuordnen zu lassen, könne der Reichskanzler nicht verlangen und er könne ihn nicht erteilen.

Hitler richtet dann an den Reichskanzler die Frage, ob es außenpolitisch richtig und klug sei, eine Bewegung, die nationalpolitisch gesehen, den einzigen Aktivposten Deutschlands für eine wirkliche nationale Außenpolitik überhaupt darstelle, planmäßig der Welt gegenüber als eine illegale und verderbliche Räuberbande vorzustellen zu lassen.

Die Nationalsozialisten respektieren die Verfassung in ihrem Kampfe um die politische Macht und hoffen, daß es ihnen möglich sein werde, dem deutschen Volke eine neue und ihres Erachtens gesündere Verfassung zu geben.

Die Innen- und Außenpolitik der letzten 12 Jahre bezeichnete Hitler als Illusion und er glaubt auch, daß man sich in den Hoffnungen, die man an die Notverordnung knüpfte, täuschen werde.

Zum Schluß befaßt sich Hitler mit den in der letzten Notverordnung getroffenen Maßnahmen zum Schutze des inneren Friedens und erklärt, erst seit der Reichskanzler auf dem Notverordnungswege den inneren Frieden gegen Gewaltmaßnahmen und Terrorakte in Schutz zu nehmen begonnen habe, sei unglücklicherweise der Terror unerträglich geworden.

Reichsbahndefizit für 1931

Steigende Konkurrenz durch den Kraftverkehr.

Basel, 15. Dezember.

Der Beratende Sonderausschuß in Basel beschäftigte sich auch sehr eingehend mit der Finanzlage der deutschen Reichsbahn, an der die Gläubigerstaaten auch ein lebhaftes Interesse haben. In einer Sonder Sitzung hat Reichsbahndirektor Dr. Homberger die allgemeine Lage der Reichsbahn ausdrücklich dargelegt.

Die Einnahmeergebnisse der Reichsbahn sind bis 1929 auf rund 5,4 Milliarden gestiegen, fielen aber dann erheblich in den Jahren 1930 und 1931. Für dieses Jahr beträgt die Schätzung 3,86 Milliarden d. i. 1,5 Milliarden (28 Prozent) weniger als im Jahre 1929. Trotz Anpassung des Betriebes an den gesunkenen Verkehr und trotz Einsparungen auf allen Gebieten kann die Reichsbahn diesen Einnahmerückgang durch Ausgabenreduzierung nicht auffangen, weil es voraussichtlich nicht gelingen wird, die persönlichen und sachlichen Ausgaben um mehr als 18 Prozent gegenüber 1929 zu senken.

Die Einschränkung des Verkehrsumfanges beruht in erster Linie auf der Wirtschaftskrise, ist aber auch auf den zunehmenden

Wettbewerb der anderen Verkehrsmittel,

insbesondere des Kraftwagens, zurückzuführen. Deutschland hat zwar als erstes Land eine gesetzliche Regelung über das Verhältnis Eisenbahn-Kraftwagen durchgeführt; außerdem hat die Reichsbahn durch grundlegende Umgestaltung des Bahnpeditionswesens eine Verbilligung der Rollfuhrgebühren und Ermöglichung eines Verkehrs von Haus zu Haus erreicht. Trotzdem ist mit einem weiter zunehmenden Wettbewerb des Kraftwagens zu rechnen. Angesichts der Preisermäßigungsmaßnahmen der Reichsregierung rechtfertigt sich

Die neue Tariffestung

im Ausmaße von 300 Millionen, die sie zum größten Teil durch Minderausgaben auf persönlichem und sachlichem Gebiet ausgleichen wird.

Das Jahr 1931 wird mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen, der voraussichtlich noch durch die volle Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklagen und Dividendenrücklage nicht ganz abgedeckt werden kann.

Im Jahre 1932 werden zwar alle Maßnahmen der neuesten Notverordnung der Reichsregierung auf dem Gebiet der Kostensenkung zur Auswirkung kommen; trotzdem scheinen die Aussichten nicht günstig.



Französische Wirtschaftsführer in Berlin.

Zu den in Berlin stattfindenden deutsch-französischen Wirtschaftsbefürwortungen über den Ausbau des Handelsvertrages traf eine Reihe von französischen Wirtschaftsführern in Berlin ein und wurde auf dem Bahnhof von dem französischen Botschafter Francois-Poncet begrüßt. — Unser Bild zeigt die Ankunft der französischen Wirtschaftsführer auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Dritter von links: Botschafter Francois-Poncet.

Elly Weinhorn in Bagdad gelandet.

Berlin, 17. Dez. Die Fliegerin Elly Weinhorn ist nach Ausbesserung der Schäden an ihrem Flugzeug von Aleppo nach Bagdad geflogen, wo sie nach sechsstündigem Flug eintraf. Bisher sind rund 4000 Kilometer in sechs Flugabschnitten zurückgelegt worden.

Entlassung von 1100 Arbeitern.

Rastow, 17. Dez. Vor dem Demobilisierungskomitee fanden Verhandlungen wegen weiterer Entlassungen in der ostpreussischen Eisenindustrie statt. Die Verhandlungen wurden mit dem Ergebnis abgeschlossen, daß insgesamt 1100 Arbeiter in der Eisenindustrie entlassen werden, u. a. in der Bismarck-, Laura- und Königschütte.

52 Gebäude eingestürzt.

Lemberg, 17. Dez. In Sucodole brach ein Feuer aus dem 52 Gebäude zum Opfer fielen. Viel lebendes und totes Inventar sowie die gesamte Ernte wurden vernichtet. 200 Familien sind obdachlos geworden.

Mit sieben Mann Besatzung untergegangen.

Riga, 17. Dez. In dem ungewöhnlich heftigen Schneesturm, der über Lettland hinweg, ist auf der Libauer See der estnische Segler „Luha“ vom Anker losgerissen worden und untergegangen. Die siebenköpfige Besatzung ist ertrunken.

Verkehrsflugzeug abgestürzt.

Der Pilot getötet.

Lübeck, 16. Dezember.

Auf dem Flughafen Lübeck-Travemünde stürzte ein Zwischenwasser-Verkehrsflugzeug D 2176 bei einem Probeflug aus einer Höhe von etwa 500 bis 600 Meter ab. Das Flugzeug hatte, soweit von der Erde aus beobachtet werden konnte, bereits während des Fluges Beschädigungen erlitten, die den Absturz herbeiführten. Der Pilot, Karl Wieborg, war sofort tot.

Kritik an Boek.

Der Blutsturz (!) der Wahrlagerin.

Berlin, 16. Dezember.

Im Sklarek-Prozess sagte der als Zeuge vernommene Verwaltungsdirektor Golz, der die Kleiderkammer des Jugendamtes der Stadt Berlin unter sich hat, aus, daß eine Magistratsverfügung, von Oberbürgermeister Boek unterzeichnet, bestanden habe, in der den Eltern zur Pflicht gemacht worden sei, notwendige Ware bei den Sklareks zu bestellen. Er habe sich aber um diese Verfügung herumgedrückt.

Auf die Frage des Vorsitzenden: „Da haben Sie doch Ihre Pflicht verletzt?“, erklärte Golz: „Nein, denn ich glaubte, die Stadt zu schädigen, wenn ich der Verfügung gefolgt wäre.“ Vorsitzender: „Also hat Oberbürgermeister Boek etwas bestimmt, was der Stadt zum Schaden gereichte?“ Zeuge: „Das mußte ich annehmen, nachdem ich die Sklarekschen Waren betrachtet habe.“

Es werden dann die Stadträte Jangemeister, Friedländer und Neudorff nochmals über den Grundstückskauf in den Kommandantenstraße eingehend vernommen.

Einer der Verteidiger macht dann darauf aufmerksam, daß die

Wahrlagerin Seidler einen Blutsturz erlitten habe und infolge von Herzkrämpfen verhandlungsunfähig sei. Der Vorsitzende meinte hierzu, wenn Frau Seidler am Freitag nicht erscheine, würde er sie nochmals laden lassen. Er

werde aber diesen Termin nicht vorzeitig bekanntgeben, damit Frau Seidler nicht Zeit habe vorher einen Blutsturz zu bekommen.

Preussischer Landtag.

Der Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister.

Berlin, 16. Dezember.

Im preussischen Landtag fand die Aussprache über den denationalen Mißtrauensantrag gegen Finanzminister Klepper statt. Da dieser bei der Begründung des Antrages durch den Abg. von Mohr (Dn.) noch nicht erschienen war, wurde von den denationalen seine Herbeiführung beantragt. Der Antrag wurde von den Oppositionsparteien und einem Teil der Regierungsparteien, besonders der Staatspartei angenommen. Die Sitzung wurde unterbrochen. Als der Finanzminister erschien, nahmen die Verhandlungen Fortsetzung.

Die Leitung des Reichsbanners.

Höller mann übernimmt die Geschäftsführung.

Magdeburg, 17. Dezember.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners trat am Mittwoch in Magdeburg zusammen. Von Hörsing lag ein Schreiben vor, in dem es heißt: „Den Wünschen unserer Bauführer entsprechend und gemäß den Beschlüssen unserer letzten Bundesratstagung auf Einrichtung eines besonders technisch-organisatorischen Führungskörpers habe ich den Kameraden Höller mann mit der Durchführung dieser Aufgabe beauftragt. In engsten Zusammenhang damit stehen Verhandlungen mit uns nahestehenden und befreundeten Parteien, Verbänden und Organisationen über die Verteilung der Aufgaben, die von der Front der demokratisch-gesinnten Deutschen in den nächsten Wochen und Monaten gelöst werden müssen.“

Eine Aussprache zwischen Höller mann und mir führte uns zu dem gemeinsamen Entschluß, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, die Geschäftsführung des Bundes insgesamt dem Kameraden Höller mann als geschäftsführenden Bundesvorsitzenden zu übertragen. Ich werde als erster Bundesführer nach wie vor meine ganze Kraft in den Dienst des Bundes stellen.“

Sturmflut verwüthet Ostseebad.

Schwere Schäden in Cranz. — Schiffe in Not.

Königsberg, 16. Dezember.

Der über Ostpreußen dahinfegende Orkan hat besonders an der Küste schwere Verwüstungen verursacht. Eine Sturmflut hat das Ostseebad Cranz verwüthet.

Die Uferpromenaden sind in einer Fläche von 500 Metern weggespült. Sämtliche Treppen wurden fortgerissen. Die Chaussee nach Scharau ist durch die vom Sturm gestürzten Bäume unpassierbar. Das Ueberlandwerk ist außer Betrieb, da die Leitungsmasten umgerissen sind. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt.

Seit 1913 ist Cranz von einem solchen Sturm nicht heimgesucht worden. Die Billekolonie Westende ist fast völlig abgedeckt worden. Im Fischerhafen Neufährten sind mehrere Rutter vernichtet. Bei Neufährten ist ein Dreimastschoner im Sturm gekentert. Die Mannschaft, vermutlich acht Mann, ist aller Wahrscheinlichkeit nach ertrunken. Das Wrack wurde auf den Strand geworfen.

Die Uniform im Braunschweiger Landtag.

Anfrage des Reichsinnenministers.

Braunschweig, 16. Dezember.

Die nationalsozialistischen Abgeordneten sind in der Montag Sitzung des Braunschweiger Landtages in braunen Uniformen erschienen. Reichsinnenminister Brüning hat daraufhin durch den braunschweigischen Bevollmächtigten in Berlin bei der braunschweigischen Staatsregierung Erkundigungen darüber einziehen lassen, ob die Abgeordneten sich im Landtag selbst umgezogen, oder ob sie die Uniformen auf der Straße getragen haben. Dem Reichsinnenminister ist darauf von der braunschweigischen Staatsregierung geantwortet worden, daß die vom Reichsinnenminister angelegene Tatsache richtig sei, daß aber das Hausrecht und die Polizeigewalt dem braunschweigischen Landtagspräsidenten zustehen.

Kommunistische Ausschreitungen

Ueberall Störungsversuche. — Die Polizei ist auf der Hut.

Dinslaken, 16. Dez. In der Innenstadt sammelten sich am Dienstagabend zahlreiche Trupps von Kommunisten und Erwerbslosen, die unter Hunger rufen einen Demonstrationzug zu bilden versuchten. Die Menge erhielt aus der Kolonie Stollberg starken Zuzug und wuchs schließlich derart an, daß die Ortspolizei Verstärkung aus Sterkrade und auch Landjäger heranzog. Unter Anwendung des Gummiknüppels wurden die Straßen gesäubert, wobei einige Personen zwangsgestellt wurden. Die Polizei blieb bis in die späten Abendstunden in Alarmbereitschaft.

Auch in der Bergarbeiterkolonie Behofen und im Hamburger Stadtteil Marxloh kam es zu Zusammenrottungen. Polizei mußte mit dem Gummiknüppel eingreifen, stellte aber überall die Ruhe und Ordnung wieder her.

Die im Präbitalbezirk Reddinghausen für Dienstag angelegten Hungerdemonstrationen konnten von der Polizei im Keime erstikt werden. Fast nirgends kam es zu größeren Ansammlungen.

Ausschreitungen in Koblenz.

Koblenz, 16. Dez. Ein von den Kommunisten für gestern Abend geplanter Demonstrationzug wurde von der Polizei auf Grund der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten über den Weihnachtsfrieden verboten. Trotzdem gelang es einigen jungen Burschen, im Laufe des Abends mehrere große Spiegelscheiben einzuwerfen, so am Finanzamt, im Hotel Höhmann, in der Zweigstelle der städtischen Sparkasse am Bahnhof und zwei Scheiben im Hotel Riekenfürstenhof am Rhein. Die Polizei vermutet, daß diese Ausschreitungen im Zusammenhang mit der verbotenen kommunistischen Demonstration stehen.

Aus Bad Somburg und Umgebung

3. Zykluskonzert der Kurverwaltung.

Niederabend Johannes Willy.

Der in Frankfurt a./M. ansässige, weltbekannte Bass-Bariton Johannes Willy konzertierte gestern Abend im Kurhaus-Konzertsaal vor einem für ihn begeisterten Publikum. Franz Schubert, der elserne Bestand eines Konzertsängerrepertoires, ward in seinen stärksten Nummern, „Gruppe aus dem Tartarus“ und „Prometheus“, mit markanter Gestaltungsweise interpretiert. Auch Hugo Wolf, in seinen melodischen Einlen und seiner idealistisch planmäßigen Untermalung, fand stärksten Beifall. Und nicht der liebe alte Schöner, einfl der Beherrscher und Vorgesungene aller Konzertsäle, der in dem weichen „Abendlied“ sowie in seinem edlen „Prinz Eugen“ vertreten war. Zum Schlusse besang man „Wagner, die Cyperkade“ mit ihrem „Gildeschaus“, von Martin Wildermann lustig bearbeitet, Emil Maltzheims „Das Huhn und der Karpfen“ sowie Mark Boihars „Der Hahn“, drei Veder, die sich als würdige „Dreieck“ des Programms ausnahmen. Bei dem starken Beifall des Publikums verstand es sich von selbst, daß Johannes Willy noch mit Zugaben aufwartete. Paul Meyer, der den schwierigen Klavierpart meisterte, hatte starken Anteil an der Größe des Abends.

Zwangsvollstreckung.

Wie von der Pressestelle beim Staatsministerium mitgeteilt wird, hat der Justizminister bezüglich der Zwangsvollstreckung an die Amtsgerichte folgenden Erlaß gerichtet:

„Bei der Pfändung beweglicher Sachen landwirtschaftlicher Schuldner beschränken sich die Gerichtsvollzieher nicht selten auf die Untersuchung, inwieweit die Sachen zum Notbedarf des Schuldners und seiner Familie gehören und zur Fortführung des Wirtschaftsbetriebes unbedingt erforderlich sind (ZPO. Paragraph 811, Ziffer 2 bis 4, GVB. Paragraph 69, Absatz 1, Ziffer 2 bis 4). Darüber hinaus muß nach Paragraph 72 GVB. aber außerdem geprüft werden, ob es sich bei dem Betrieb um ein Landgut handelt und ob die Sachen zu dessen Zubehö gehören. Landgut ist jeder aus einem oder mehreren Grundstücken bestehende landwirtschaftliche Betrieb ohne Rücksicht auf Größe und Ertragsnis im Verhältnis zum Nahrungsbedarf des Schuldners und seiner Familie, also auch ein vom Schuldner oder seiner Familie geführter landwirtschaftlicher Nebenbetrieb. Zubehör eines Landguts ist das sämtliche zu Betrieb bestimmte Gerät und Vieh, letzteres ohne Unterschied, ob es sich um Arbeits-, Zug- oder Nachzuchttiere handelt, und auch dann, wenn es etwa schon zum Verkauf bestimmt ist (GVB. Paragraph 98, Ziffer 2, GVB. Paragraph 72, Absatz 4b). Dieses gesamte Zubehör wird, wenn es dem Schuldner gehört, von der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erfaßt und ist damit der Pfändungspfändung überhaupt entzogen. Gehört das Zubehör dem Pächter eines landwirtschaftlichen Grundstücks, so kann es diesem gegenüber gepfändet werden unbeschadet der Pfandrechte des Verpächters oder eines Kreditinstituts, dem das Pächterinventar auf Grund des Gesetzes betreffend die Ermöglichung der Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter vom 9. Juli 1926 (RGBl. 1, 399) verpfändet ist.

Kommt es zum Verkauf gepfändeter Fahrnisgegenstände, so muß in jedem Fall eine unwirtschaftliche Verschleuderung der Sachen vermieden werden. Diesem Zweck dient vor allem die Bekanntmachung über das Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen vom 8. Oktober 1914 (RGBl. 27). Danach ist der gewöhnliche Verkaufswert tunlichst schon bei der Pfändung zu schätzen und ein Zuschlag nur zulässig, wenn bei der Versteigerung mindestens die Hälfte dieses Wertes als Mindestgebot erreicht wird. Andernfalls ist die Versteigerung als ergebnislos zu behandeln. Daneben bietet der Weg, gemäß Paragraph 825 ZPO. beim Vollstreckungsgericht eine andere Art der Verwertung zu beantragen, unter Umständen die Möglichkeit, ein günstigeres Ergebnis der Verwertung zu erzielen. Hierzu kann auch die Mitwirkung des betreibenden Gläubigers dienlich sein, der gleichfalls Wert darauf legen muß, daß der Schuldner durch die Vollstreckung nicht über das notwendige Maß hinaus geschädigt und wirtschaftlich geschwächt wird.

Die Notlage vieler Schuldnerkreise macht es erforderlich, den Verhältnissen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Amtsgerichte werden veranlaßt, über wichtige Wahrnehmungen oder außerordentlich Notstände von allgemeiner Bedeutung, die im Vollstreckungswege zu Tagen treten, zu berichten.“

Schutz vor Darlehenswindeln.

Durch die Not unserer Zeit blüht das Geschäft der unethischen Darlehensvermittlung wie nie zuvor; gerade kleine Gewerbetreibende, Handwerker und Angestellte sind oft die Opfer dieser Schwindler. Oft werden Darlehen angeboten von Leuten, die gar nicht in der Lage sind, sie zu vermitteln, die nur die hohen Provisionen und Vermittlungsgebühren einsehen, oder sie verweisen die Darlehenssucher an Firmen im Auslande, von denen sie in seltenen Fällen ein paar Mark überweisen bekommen, während den Agenten mühelos Tausende zufließen. Wenn wirklich ein Darlehen zustande kommt, werden ungeheure Zinsen verlangt, oft für einen Betrag von 100 Mark monatlich 15 bis 20 Mark. Neben den Darlehenswindeln sieht weit verbreitet die Warenbetrüger, die dem Publikum alle möglichen Dinge zu angeblich sehr vorteilhaften Bedingungen anbieten, die dann oft nur die Vorauszahlungen und Provisionen nehmen und nie Waren liefern oder solche in ganz ungenügender Qualität. Hier hat man es besonders auf die Leichtgläubigkeit der Frauen abgesehen, die Bestellscheine unterschreiben, ohne sie genau zu prüfen, und dabei Lieferklauseln, die an versteckter Stelle angebracht sind, übersehen. Sehr groß ist auch die Zahl der Wechsel- und Scheckfälscher; aber längst nicht alle vorkommenden Fälschungen kommen zur Anzeige.

Die Bekämpfung der Frostbeulen.

Die kalten und besonders die nasskalten Tage werden vielen Menschen gefährlich, die an Frostbeulen leiden. Man versteht darunter jene Form der Hauterkrankung, die sich zunächst durch Rötung und Schwellung kund tut und in geheizten Räumen oder abends im Bett heftiges Brennen oder Jucken hervorruft. Darüber hinaus kommt es nicht selten zu einer Blasenbildung resp. zum sogenannten „Aufbrechen“ des Frostes. Abgesehen von der beim „aufgebrochenen Frost“ bestehenden allgemeinen Infektionsgefahr kann auch durch Kratzen an den eigentlichen Froststellen unter Umständen schwerer gesundheitlicher Schaden entstehen. Den Sitz der Frostbeulen, die vielen Menschen recht lästig werden können, bilden besonders Nase und Ohren, Hände und Füße sowie alle jene Stellen, an denen der Blutkreislauf durch künstliche Einschränkung — zu enge Strumpfbänder, Schuhe oder Handschuhe — unterbrochen ist. Ganz besonders neigen blutarme, schwächliche oder überhaupt solche Menschen zu Frostbeulen, deren Blutkreislauf aus irgend welchen Gründen eine Störung erfahren hat. Eine besondere Eigenart des Leidens ist es, daß es bei denjenigen Personen, die einmal darunter gelitten haben, meist alljährlich wiederzulehren pflegt. Aus der Art der Entstehung von Frostbeulen ergeben sich, wie der preussische Landesausch für hygienische Volksbelehrung schreibt, ohne weiteres schon eine Anzahl Möglichkeiten ihrer Verhütung. Man trage keine zu engen Schuhe oder Handschuhe, vermeide den Blutstrom abkühlender Strumpf- oder Armabänder. Da nasse Kälte die Entstehung von Frostbeulen begünstigt, vermeide man längeres Stehen oder Sitzen im Freien und Sorge möglichst für ausreichende Bewegung. Nach dem Wachen zu Hause trockne man sich sorgfältig die Hände ab und ziehe beim Hinausgehen ins Freie bequeme Handschuhe an. An sonstigen Mitteln gegen den Frost ist kein Mangel. Das Beste und wesentlichste ist die Sorge für Abhärtung der Haut und Förderung der Blutzirkulation, wie dies am besten schon im Sommer durch Turnen, Sport, Massage usw. geschehen sollte. Von Hausmitteln sei besonders auf den Wert von warmen und kalten Wechselbädern hingewiesen. Neben den üblichen Frostsalben stehen dem Arzt noch eine Reihe anderer Heilmethoden, so z. B. der Alkoholverband, die Bestrahlung mit künstlicher Höhen- oder Röntgenbestrahlung, Vereisung und dergl. zur Verfügung. Man lasse also nicht, zu lange selbst an seinen Frostbeulen herumzuputtern, sondern wende sich rechtzeitig, zumal bei aufgebrochenen Frost, an den Arzt.

Weihnachtsfeier des Anzeims. Die Weihnachtsfeier des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Anzeims, die am gestrigen Nachmittag im Saalbau stattfand und sich eines außerordentlich guten Besuches erfreute, nahm einen sehr würdevollen Verlauf. Mit einem stimmungsvollen Vorspruch, der in sinniger Form auf die kommenden Festtage hinwies, wurde das Programm eingeleitet. Der unter Leitung von Herrn Schildhauer stehende Schulchor wühlte sodann sein Auditorium mit dem Händelchor „Tochter Zion“, dem schließlichen Volkslied „Im Berge, da geht der Wind“ und dem feierlichen „Zu Bethlehem geboren“ von Georg Böller in Bann zu halten. Mit Einfühlungsvermögen verstanden es vier Geigerinnen sowie eine Klavierpielerin, den Instrumentalpart zu den einzelnen Chören zu meistern.

Mit der Aufführung eines deutschen Weihnachtspiels erreichte der Nachmittag seine stärkste Entfaltungskraft. Gleich einem Herold ließ man durch einen Anführer das Spiel ankündigen. Bei guter Regie wickelte sich die Handlung in drei Bildern gegeben, ab. In recht anregender Form wurde hier durch Kindermund das Weihnachtsgeschehen illustriert. Imponierend die Massenszenen, und besonders effektiv das Finale des Stücks. Auch jenen stellte die Aufführung eine recht beachtliche Leistung der Schillerinnen dar. Der gemeinsame Gesang des Weihnachtsliedes „O du frohliche...“ gab dem Ganzen den Ausklang.

Vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. In der am Montag stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach zunächst der Geschäftsführer des Bezirksverbandes Nassau, Herr Becker, über das Ergebnis der Straßensammlung am Totensonntag. Die Wahl des Vorstandes ergab folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender Herr Major Otto, 1. Schriftführer Tappeiner Helm, dessen Stellvertreter Herr Bach. Die Wahl des 2. Vorsitzenden sowie 1. Kassierers wurde noch zurückgestellt. Zum 2. Kassierer wurde Herr Kern-Aldorf ernannt. Die nächste Arbeit wird nun darin erblickt, für einen Ausbau der Somburger Ortsgruppe Sorge zu tragen.

Ausstellung der Bastarbelien aus der Heimarbeit des Vaterländischen Frauenvereins. Da die Weihnachtsausstellung der Bastarbelien große Beachtung gefunden hat, wird sie bis zu den Feiertagen im Laden Dülkenstraße 103 fortgesetzt. Man sieht dort alles, was aus Bast herstellbar ist, Unterseher, Körbe, Mästen, Einkaufstaschen, Teewärmer und Autopuppen in der hübschsten und sorgfältigsten Weise ausgeführt; alles ist preiswert und zu Geschenken besonders geeignet.

Das Kurhausbad wird in der Weihnachts-Woche am Dienstag, dem 22. Dezember von 9—1 Uhr (Kassenschluß 12 Uhr) und am Mittwoch, dem 23. Dezember von 9—5 Uhr (Kassenschluß 4 Uhr) geöffnet sein. Am Mittwochnachmittag nur für Süßwasserbäder.

Rudolf Binding-Abend im Kurhaus. Die Kurverwaltung beabsichtigt den Dichter Rudolf Binding zu einem Vorlesungsabend im Laufe des Monats Januar einzuladen, der jedoch nur bei genügender Beteiligung stattfinden kann. Der Eintrittspreis beträgt für den reservierten Platz Mk. 1.— Interessenten werden gebeten sich auf dem Kurbüro in den nächsten Tagen in eine Liste einzeln zu werten.

Auch die Winterbeihilfe abgelehnt? Trotz des von dem Stadtparlament gefassten Beschlusses werden die Wohlfahrtsverbände in diesem Jahre — wie schon gemeldet — keine Weihnachtsbeihilfe erhalten. Es ist aber so gut wie sicher, daß der Bezirksfürsorgeverband auch die vom Somburger Stadtparlament beschlossenen Winterbeihilfen ablehnen wird, vielleicht schon abgelehnt hat. Eine genaue Auskunft war leider von amtlicher Stelle hierüber nicht zu erlangen. Bereits im Oktober sollte die erste Brennstoffrate an die Wohlfahrtsverbände zur Ausgabe gelangen, und heute, wir marschieren schon in die zweite Hälfte des Wintermonats Dezember, warten die unversorgten in Not Geratenen noch immer auf die sonst traditionelle Subvention. Man kennt die mifflische Finanzlage der Stadt, man weiß ferner, daß der Bezirksfürsorgeverband eine Ueberforderung der Reichsstände nicht zulassen kann und wird. Mit solchen Talsachen bezw. Beispielen bekommen aber viele unserer Mitbürger keine warmen Stuben. Die Holzbleibstühle der letzten Zeit, die die „Diebe“ bestimmt nicht zum Vergnügen ausgeführt haben, bestärken uns in der Ansicht, daß sich das gebesorgte Publikum noch mehr, wie es bisher der Fall war, auf die private „Winterhilfe“ zu konzentrieren hat, damit wenigstens von dieser Stelle aus erfolgreich die Not gelindert werden kann.

Seltpa. Programm ab heute bis einschließend Sonntag: „Gassenhauer“, das Schicksal fünf armer Hofjäger. Ferner das Beiprogramm.

Die Bedeutung des Kleinwaldbesitzes.

Von Forstassessor Willens.

In ständig wachsendem Maße wird die forsttechnische Bewirtschaftung und Ertragssteigerung des Kleinwaldbesitzes gefordert. Der Wald soll für den Landwirt eine Spargasse sein, auf die er in der Zeit der Not zurückgreifen kann; man hebt die volkswirtschaftliche Bedeutung des bäuerlichen Waldbesitzes hervor und weist auf die mögliche Mehrerzeugung von Holz bei geordneter Bewirtschaftung hin, um auch dadurch schließlich die Holzversorgung der deutschen Wirtschaft weitgehend durch Eigenproduktion zu sichern. Es ist daher lehrreich, zahlenmäßig festzulegen, welche Rolle der Kleinwaldbesitz in der deutschen Holzherzeugung heute einnimmt, und welche Bedeutung ihm dagegen bei bester Bewirtschaftung und Pflege zukommen kann.

Zu dem eigentlichen Kleinwaldbesitz werden im allgemeinen Betriebe der Größenklasse von unter 2 bis 100 ha forstlich genutzter Bodenfläche gerechnet. Bei dieser Abgrenzung umfaßt er eine Fläche von 2,90 Millionen ha, d. h. er nimmt etwas weniger als ein Viertel der gesamten deutschen Waldfläche ein. Leider entspricht aber seine Ertragsleistung keinesfalls der großen zahlenmäßigen Bedeutung. Vielmehr ist der Holztrag des Bauernstandes nur sehr gering und wird statistisch teilweise gar nicht erfaßt.

Die kleinsten forstwirtschaftlichen Betriebe mit einer Waldfläche von weniger als 2 bis 5 ha umfassen eine Holz-bodenfläche von 0,89 Millionen ha. Bei den Betrieben dieser Größenklasse liegt eine auf den höchsten Holz- und Geldertrag gerichtete Bewirtschaftung der Waldgrundstücke fast nirgends vor, sie sind der Landwirtschaft angeschlossen und der Bauer ist gewohnt, nur seinen Bedarf an Brennholz, Waggendeckeln, Koppelpfählen, Bohnenstangen usw. daraus zu decken. Bei Anbau standortgemäßer Holzarten und pflegerischer Behandlung könnte aber auch dieser, wenn auch stark parzellierte Waldbesitz, jährlich 3 Festmeter Derbholz je ha erzeugen; das würde gegen die jetzige Ertragsleistung von rund 0,5 Festmeter Derbholz je ha eine Mehrerzeugung von 2 Millionen Festmetern bedeuten.

Für die Forstbetriebe der Flächengröße von 5 bis 50 ha sieht die durchschnittliche Ertragsleistung noch nicht viel besser aus. Wenn der gesamte freie Privatwald nur 2 Festmeter Derbholz aufbringt, so wird man für den Waldbesitz dieser Größenklasse höchstens 1 Festmeter Jahresertrag je ha ansetzen können. Berücksichtigen wir, daß bei Betrieben von 25 bis 30 ha aufwärts schon eine eigentliche Nachhaltigkeitwirtschaft durchführbar ist, und nehmen wir nun eine jährliche Leistung von 3,5 Festmetern je ha an, so würde das bei einer Gesamtfläche dieser Betriebe von 1,72 Millionen ha eine Mehrleistung von 2,5×1,72 gleich 4,3 Millionen Festmetern bedeuten. Eine geordnete forsttechnische Bewirtschaftung des Kleinwaldbesitzes würde also für die Betriebsgrößen von unter 2 bis 50 ha allein schon eine Zunahme der Derbholzerzeugung von jährlich 6,3 Millionen Festmetern ermöglichen.

Voraussetzung einer solchen Ertragsleistung ist allerdings seine Zusammenfassung in Waldbauvereinen und Waldgenossenschaften, denn nur dadurch kann der Aufbau und die Pflege des Waldes nach forsttechnischen Gesichtspunkten durchgeführt und eine zielbewusste Organisation des Holzablasses erreicht werden. 6 Millionen Mehrerzeugung von Holz durch den Kleinwaldbesitz würde sowohl die wirtschaftliche Lage der vorwiegend landwirtschaftlichen Betriebe erleichtern können, sie gewinnt aber auch im Rahmen der gesamten deutschen Holzherzeugung ihre große Bedeutung dadurch, daß sie in Verbindung mit einer Steigerung der Erträge aus den Staats-, Gemeinde- und größeren Privatforsten um rund 3,5 Millionen Festmeter, die Holzversorgung Deutschlands vom Ausland unabhängig machen kann.

Es läßt sich freilich heute noch nicht übersehen, welche Richtung der zukünftige Holzverbrauch nehmen wird, doch das Ziel muß sein, höchstmögliche Ertragsleistung des deutschen Waldes, denn Deutschland kann seine Grenzen nur wirkungsvoll gegen den immer stärker einfließenden Holzstrom von den Holzausfuhrländern nach den Holzbedarfsländern des Westens sperren, wenn es die eigene Wirtschaft weitgehend selbst mit Holz zu versorgen in der Lage ist. Wie vorstehende Zahlen gezeigt haben, kann dieses Ziel nur über die Hebung und Förderung des Kleinwaldbesitzes erreicht werden. Darin liegt im wesentlichen seine große volkswirtschaftliche Bedeutung.

Kirchliche Nachrichten.

Israelitischer Gottesdienst.

Samstag, den 19. 12. Vorabend 4.15, morgens 9, nachmittags 3.30, Sabbatende 5.15. Werktag morgens 7, abds. 4.30 Uhr.

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Somburg für den Inseratenteil: Fritz W. A. Krägenbrink, Bad Somburg Drucker und Verleger: Otto Wagenbreth & Co., Bad Somburg

Gedenktage.

17. Dezember.

1833 Der Naturforscher Alexander Agassiz in Neuchâtel geboren.
1842 Der Mathematiker Sophus Lie im Stift Bergen geboren.
1909 Leopold II., König der Belgier, auf Schloß Laeken bei Brüssel gestorben.
Sonenaufgang 8,00 Sonnenuntergang 15,52
Mondaufgang 12,21 Monduntergang 0,01
Prot. und kath.: Lazarus.

Die Wirtschaftswoche.

Kaufen! Kaufen! — Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen. — Die Baseler Verhandlungen. — Neue Großbankfusion.

Soll man jetzt kaufen, oder soll man etwa zuwarten, bis die Preisentfaltung durchgeführt ist, die in der neuen Notverordnung angekündigt ist? Die Antwort kann nur lauten: jetzt kaufen! Im eigenen Interesse der Verbraucher weisen wir nachdrücklich darauf hin, daß gerade mit Rücksicht auf das Weihnachtsgeschäft der Einzelhandel und das Gewerbe ihre Preise schon so gesenkt haben, daß für den Preisverfall im Augenblick so gut wie gar nichts zu tun übrig bleibt. Deshalb muß in diesen Tagen für alle Einsichtigen die Parole lauten: wer kaufen kann, muß jetzt kaufen! Wer jetzt kauft, handelt wirtschaftlich. Die Preise im Einzelhandel haben, wie bereits erwähnt, schon ein Niveau erreicht, das wesentlich nicht mehr herabgesetzt werden kann, denn eine weitere Senkung kann erst dann erwogen werden, wenn die Auswirkungen aus der Notverordnung zu übersehen sind. Das ist aber vor Weihnachten unmöglich, so daß es völlig falsch ist, mit den Weihnachtseinkäufen zu warten oder sie etwa gar nicht zu tätigen. Wer jetzt kauft, handelt auch sozial. Denn wenn er seine Weihnachtseinkäufe trotz der ungemein niedrigen Angebote aufschiebt, obwohl er jetzt kaufen könnte, schädigt nicht nur die Wirtschaft empfindlich, sondern er schafft große Gefahren für viele Angestellte und Arbeiter, die brotlos werden, wenn die aufgefüllten Lager wegen der Käuferzurückhaltung nicht geleert werden, wenn also eine neue Produktion unmöglich gemacht wird. Außerdem verhindert er dadurch allein schon die Möglichkeit einer weiteren Preisentfaltung in der Zukunft, denn es tritt eine Steigerung der Lagerkosten ein, die wieder in Rechnung gestellt werden muß.

Im übrigen ist in der allgemeinen Wirtschaftslage keine Änderung eingetreten. Die Krise dauert fort. Neuerdings werden auch die Schwierigkeiten, die der deutsche Außenhandel überall in der Welt findet, immer größer. Demgemäß wird auch der deutsche Ausfuhrüberschuß immer geringer. Ein für uns wichtiges Ausfuhrland, die Schweiz, hat dieser Tage den Handelsvertrag gekündigt, nachdem der Verlauf der Verhandlungen in Berlin diesen Schritt der Schweiz schon wahrscheinlich gemacht hatte, denn die Schweizer Unterhändler bewiesen durch ihre Überspannung und für Deutschland in diesem Augenblick nicht annehmbaren Forderungen, daß sie nicht über das Maß von Verständnis für die augenblickliche wirtschaftliche Lage unseres Vaterlandes verfügten, die notwendig erschien, um zu einem Abkommen zu gelangen, das beiden Völkern gerecht zu werden versprach. Zollbindungen und Ausfuhrkontingentierungen waren es in erster Linie, die das Abkommen zum Scheitern brachten, denn die Schweizer Unterhändler wollten in Berlin nicht verstehen, daß

Deutschland auch gegenüber der Schweiz einige Einschränkungen in der Einfuhr durchführen mußte, um die handelspolitischen Beziehungen überhaupt aufrecht erhalten zu können. Dazu kamen die finanzpolitischen Forderungen der Schweiz, die sich insbesondere auf die in Deutschland vorhandenen Exportdevisenbestände bezogen, die nach dem Wunsch der Schweiz zum Zug in kurzfristige, von der Schweiz gewährte Kredite umgewandelt werden sollten, ein Verfahren, das sich aus mehrfachen Gründen für Deutschland nicht empfahl. Es war ganz unmöglich, angesichts der Stillhalterverhandlungen in Berlin mit einem Gläubiger eine Sonderregelung durchzuführen, vielmehr hätte man eigentlich von den Schweizer Unterhändlern sozial wirtschaftliche Einsicht für die wirkliche Lage Deutschlands vorsetzen müssen, daß sie eine solche Forderung überhaupt nicht gestellt hätten. Was ist nun die Folge des Abbruchs der Verhandlungen? Ein vertragloser Zustand wird, falls es nicht doch noch bald zu einer neuen Verhandlungsbasis und zum Abschluß eines neuen Vertrages kommt, sich allmählich zu einem Zitterrieg in größerem oder auch kleinerem Ausmaß entwickeln, die beiderseitigen Handelsbeziehungen werden unnötig erschwert und die Leidtragenden sind Industrie und Handel der beiden Länder. Vielleicht setzt sich auch in der Schweizer Wirtschaft die Erkenntnis durch, daß zwei Länder, die so sehr aufeinander angewiesen sind, wie Deutschland und die Schweiz, in wirtschaftlicher Eintracht leben müssen, wenn sie beiderseits einen Nutzen von ihren Beziehungen haben wollen.

Dabei tagt gerade in Basel noch immer der Sonderausschuß der Bank für Internationale Zahlungen, der sich mit der finanziellen Lage Deutschlands zu beschäftigen hat und dem es wirklich an der nötigen Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse nicht fehlt, da die deutsche Reichsregierung das größte Interesse daran hat, die Welt zu überzeugen, daß die Zahlungsverpflichtungen des Reiches in keiner Beziehung tragbar sind. Das wird auch Frankreich mit der Zeit anerkennen müssen, nachdem insbesondere der holländische Vertreter Colijns darauf hingewiesen hat, daß das Weltwirtschaftssystem der letzten Jahre absolut unhaltbar geworden sei, denn man kann nicht auf der einen Seite von einem Land die Zahlung großer politischer Schuldsummen verlangen, während man ihm auf der anderen alle Exportmöglichkeiten unmöglich zu machen sucht. Auf diese Weise läßt sich eben das Problem Ware, Leistung und Reparationen nicht meistern, kein Schuldnerland wie Deutschland kann seinen Verpflichtungen nachkommen, wenn die Gläubiger sich weigern, seine Produkte, seine Waren, die durch die Arbeitskraft seiner Bewohner hergestellt oder veredelt wurden, in genügender Menge abzunehmen. Sonst ist eine Abtragung der Schulden einfach unmöglich.

Im deutschen Großbankwesen bereitet sich in den letzten Wochen eine gewaltige Fusion vor. Leider werden viele Angestellte durch die Zusammenlegung der Darmstädter und Nationalbank (Danabank) und der Commerz- und Privatbank ihre Stellung verlieren. Allerdings wird diese Fusion nicht ganz freiwillig durchgeführt, man weiß, daß die Danabank schon seit längerer Zeit notleidend ist, so daß ihr durch die Fusion mit der Commerzbank neues Blut eingefloßt werden soll, das sie dringend notwendig braucht.

Notwendigkeit und Nutzen des Feuerschutzes.

Das Feuer ist unser mächtigster Kulturfaktor. Nur durch das Sieden und Braten werden die Speisen gar, für uns aufgeschlossen, verdaulich und geben uns erst die rechte Lebenskraft. Nur durch das Feuer können wir auch die Metalle aus der Erde gewinnen und verarbeiten. Ohne Metalle aber keine Industrie, keinen Verkehr! Ohne die Hilfe des Feuers auch keine Landwirtschaft! Ohne das Feuer müßten wir in dumpfen Erdhöhlen hausen und würden sofort wieder in die trostlosen Zeiten der Höhlenbewohner zurückgeschleudert, wo nur wenige Armenischen ihr armseliges Dasein auf der Erde fristen konnten. Ewig wahr bleibt daher das treffende Wort Schillers: „Was der Mensch bildet, was erschafft, das dankt er dieser Himmelskraft!“ So unentbehrlich nun auch das Feuer für unser ganzes höheres, behag-

liches Dasein ist, so furchtbarer Feind kann es für uns werden, wenn es der Mensch nicht bezähmt, bewacht! In Deutschland verbrennen jährlich noch 1400 Menschen. Der jährliche Brandschaden beträgt noch 400 Millionen Mark. Die meisten Brände entstehen nur durch Unachtsamkeit und Leichtsinn, und zwar aus Unwissenheit: denn wer die großen, heimtückischen Gefahren des Feuers kennt, der gibt schon im eigenen Interesse besser darauf acht. Nach dem übereinstimmenden Urteil der ersten Feuerwehrmänner können durch größere Sorgfalt im Umgang mit Feuer und Licht mindestens die Hälfte der Brände verhütet werden. Einen Brand verhüten ist aber vorteilhafter als 10 Brände löschen! Durch eine gründliche öftere Belehrung von Jung und Alt in den Zeitungen und Schulen über die Verhütung und Bekämpfung der Brände könnten in Deutschland jährlich recht wohl 700 kostbare Menschenleben und 200 Millionen Mark gerettet werden. Da je 1 Mark, 40 Jahre lang jedes Jahr zu 5 Prozent in einer öffentlichen Sparkasse auf Zinsen gestellt, mit den Zinseszinsen zu 127 Mark anwächst, so macht dies in 40 Jahren 25 Milliarden aus. Das Kleine wird groß und allmächtig durch die Länge der Zeit! (Wie wohl würde uns schon jetzt auch nur eine Milliarde tun!), und in 40 Jahren könnte man mit der nötigen Sorgfalt 700 x 40 gleich 28 000 Menschen von dem qualvollsten Tod des Verbrennens retten, also so viel Menschen, als die Einwohner einer ganzen großen Stadt betragen! Es ist daher unbedingt nur eine heilige Pflicht der Menschlichkeit, ja Selbsterhaltung für das ganze deutsche Volk, mit Feuer und Licht äußerst vorsichtig umzugehen.

Alle sollen die guten Lehren der Presse und Schulen bis ins kleinste gewissenhaft befolgen. Das kostet ja gar nichts, lohnt sich aber hundert- und tausendfach! Nur so können wir mit der Zeit über das große Brandelend mehr und mehr Herr werden.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Stand vom November 1931.

Nach der Statistik des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — waren am 31. Dezember 1931 vorhanden: 120 Zentralgenossenschaften; 19 941 Spar- und Darlehnsstellen; 4 327 Bezugs- und Abgab-, 4 942 Molkerei-, 516 Viehverwertungs-, 509 Eierverwertungs-, 313 Obst- und Gemüseverwertungs-, 380 Winzer-, 5 876 Elektrizitäts-, 884 Dresch-, 169 Maschinen-, 811 Viehzucht-, 285 Weide- und 1 590 sonstige Genossenschaften, zusammen 40 663 landwirtschaftliche Genossenschaften.

Auch im November hat die Verminderung im Gesamtbestand der landwirtschaftlichen Genossenschaften weitere Fortschritte gemacht. 75 Auflösungen stehen nur 44 Zugängen gegenüber, so daß sich der effektive Bestandsverlust aus insgesamt 31 Genossenschaften stellt. Wie stark die allgemeine Finanzkrisis an dieser rückgängigen Bewegung beteiligt ist, geht insbesondere aus der Tatsache hervor, daß in der Gruppe der Spar- und Darlehnsstellen überhaupt keine Neugründungen zu verzeichnen sind, dagegen 29 Abgänge. Auch in den Spezial-Abgabegenossenschaften hat sich im Vergleich zur ersten Hälfte dieses Jahres die Gründungstätigkeit sehr stark vermindert; so sind Eierverwertungs-, Obst- und Gemüseverwertungs- und Winzergenossenschaften mit je zwei effektiven Auflösungen rückgängig. Lediglich die Molkereigenossenschaften sehen nach wie vor ihre Aufwärtsbewegung und zwar mit einer effektiven Bestandszunahme von 14 Genossenschaften fort. Die Bezugs- und Abgabegenossenschaften weisen 4 Zugänge und 9 Abgänge auf. In allen übrigen Kategorien sind die Veränderungen nur sehr gering.

Im preussischen Landtag fand am Mittwoch die Aussprache über den deutschen nationalen Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister Klepper statt. Auf Beschluß des Landtages mußte der Minister zur Sitzung erscheinen.

Die Reichsregierung hat die Durchführungsverordnung für die Wertsenkung erlassen, die in der letzten Notverordnung vorgesehen war.

Im Pfälzer-Projekt wurde u. a. der Räteführer Landesführer der Heimwehr, General Böllert, vernommen.

Ich hab dir verziehn!

Roman von Clotilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Der Juwelier wiederum hat das Bild an den Kunsthändler Grissard weitergegeben. Und auch dort hat Madame ihren Profit gehabt. Zum Schluß hat Ericson, mit dem sie damals anbandelte, das Bild mit ihr zusammen erworben und zu einem großangelegten Schmuggel benutzt.

Herr Graf wissen doch, daß Madame eine Agentin der großen Rauschgift-Organisation in Paris ist, die ihre Helfer in der ganzen Welt und so auch hier hat?

Selen Sie versichert, Madame und Ericson haben sehr gut verdient, als sie das Bild unter Ihrem Namen hierher brachten.

Die beiden hatten Glück. Niemand hat entdeckt, was für wichtige Papiere in dem Rahmen des Rauensteinschen Bildes verborgen waren. Wissen Sie, was diese Papiere enthalten? Nicht mehr und nicht weniger als die Adressen sämtlicher südamerikanischer Rauschgifthändler und den Plan für einen neuen Schmuggel.

Für diesen neuen Schmuggel aber sollten Sie, Herr Graf, benutzt werden. Das, was Madame Ihnen morgen als Auftrag für Ihre Deutschlandreise geben will, wird nichts anderes sein als wieder solch eine Schmuggellei von Papieren oder von Rauschgift selbst. Und das ist noch nicht alles. Sehen Sie auf die Pläne nicht ein, oder haben Sie Bedenken, daß Sie erwischt werden, dann wird man sich Ihrer zu entledigen wissen. Hat man doch auch seinerzeit schon zur Sicherheit das Rauensteinsche Bild auf Ihren Namen im Zollhafen deponiert. Wäre die Hafenpolizei dahintergekommen, dann säßen Sie heute im Zuchthaus.

Hans Egon hatte mit immer bleicher werdendem Gesicht dieser ungeheuerlichen Mitteilung gelauscht. Jetzt sah er den Diener stehend an:

„Schwören Sie, daß Sie die Wahrheit sagen, Mann, betrogen Sie mich nicht, um Gottes Barmherzigkeit willen! Sie wissen ja nicht, was das alles für mich bedeutet. Wenn Sie die Wahrheit sprechen, dann fällt ja jener schimpfliche Verdacht in sich zusammen, der auf mir ruht — jener Verdacht, der mich aus der Heimat getrieben hat, der dem Konful Sibellius vielleicht das Leben gekostet hat.“

„Konful Sibellius lebt“, entgegnete Paolo; „aber sein Geschäft ist ruiniert. Auch das ist das Werk jenes Ericson. Auf die schändliche Lüge hin, Sie wären an dem Rauschgiftschmuggel beteiligt, hat Ericson eine ungeheure Summe von Konful Sibellius erpreßt. Der Konful hätte es nicht nötig gehabt, seine Bürgerschaft für Lund und Co. bei Ericson einzulösen; auch Lund und Co. sind durch die betrügerischen Machenschaften des Schurken Ericson ins Verderben gerissen worden. Die Beweise“ — Paolo schlug mit der ausgestreckten Hand auf die Papiere — „sie liegen hier vor Ihnen. Nehmen Sie die Papiere, Herr Graf, und fliehen Sie. Fliehen Sie, so schnell Sie können. Ericson und Madame schonen niemanden, der ihre Pläne zu durchkreuzen wagt.“

Hans Egon sah wie versteinert da und starrte in das gelbliche Gesicht des Dieners wie auf das Haupt der Medusa.

„Und warum, Mann — warum sagen Sie mir das alles?“

Das Gesicht des Kreolen wurde von einem rachsüchtigen Lächeln entleert.

„Weil man mich, betrogen wollte, Herr Graf, weil man mich betrügen will, um den Anteil an den Geschäften. Bei dem, was ich von Madame und ihrem Galan weiß, sollte man sich hüten, mit mir zu spielen. Ich weiß mich zu wehren. Aber Sie, Herr Graf, wenn Ihnen Ihr Leben noch etwas wert ist, reisen Sie ab. Ein spanischer Dampfer hat heute seine Ladung gelöscht. Er fährt morgen früh mit der Route nach Europa. Mein Freund ist Steward auf dem Dampfer. Er wird Ihnen eine Stelle in der Küche verschaffen, so kommen Sie auch ohne Geld und

ohne Schwierigkeiten in Ihre Heimat zurück. Geben Sie dem Steward diesen Zettel als Ausweis.“

Hans Egon stöhnte auf. In was für furchtbare Dinge war er durch seine Leidenschaft verstrickt worden, was für ein grausames Spiel hatte Dolores mit ihm getrieben! Raum vermochte er die Schändlichkeit dieses Weibes zu erfassen.

Aber er würde sie zur Rechenschaft ziehen, sie, die seine Leidenschaft, sein Leben zu so verbrecherischem Spiel benutzt hatte.

Paolo sah, wie die widerstreitendsten Empfindungen in dem erschütterten Gesicht des Grafen sich widerspiegeln.

„Denken Sie nicht daran, Herr Graf“, warnte er, „Madame noch einmal sprechen zu wollen. Diese Auseinandersetzung würde gefährlicher für Sie werden, als Sie glauben. Madame und ihr Kumpan werden ihren gerechten Lohn schon einmal finden, dafür lassen Sie andere sorgen.“

Ehe Hans Egon noch etwas zu antworten vermochte, hatte Paolo sich erhoben, dem Wirt ein paar Geldstücke auf die Theke geworfen und war im Dunklen verschwunden.

Während Hans Egon unter unerhörten körperlichen und seelischen Qualen in den heißen Räucheräulen des spanischen Handelsschiffes als gewöhnlicher Gehilfe arbeitete, näherte sich sein Schiff den europäischen Gewässern.

Diese Wochen der härtesten Arbeit, der Not, ließen die Jahre des Luxus und des Leichtsinns wie hinter giftig-dunstigen Nebeln verschwinden. Mit Beschämung dachte Hans Egon an die letzten Monate seines Lebens zurück, die ihn so tief erniedrigt hatten. Die Eier nach Dolores ersahen ihm jetzt wie ein schimpfliches Verlangen seines Blutes. Ihre Gestalt war ihres Zaubers entleidet und nur noch ein Bild schändlicher Verführung.

(Fortsetzung folgt.)

Mus Nah und Fern

Politischer Anschlag.

Wartburg. Während der Vorsitzende der hiesigen NSDAP., Brinkmann, sich abends in seinem Zimmer aufhielt, gaben bisher noch unbekannte Täter einen Schuß auf ihn ab. Die Polizei leitete sofort eine Untersuchung ein und stellte fest, daß der Schuß aus einem Karabiner abgegeben wurde. Die Kugel schlug neben Brinkmann in die Wand, ohne ihn zu verletzen.

Die Zahlungseinstellung Waldeckische Bank AG.

Bad Pyrmont.

Frankfurt a. M. Die Gesellschaft hat ihre Schalter geschlossen und ihre Zahlungen eingestellt. Laut Mitteilung der Verwaltung sei der Status aktio. doch bestände keine Möglichkeit, die Liquidation aufrechtzuerhalten. Eine Vermögensaufstellung, Stillhaltung und Neugründung des Instituts als Genossenschaftsbank.

Frankfurt a. M. (Für Abbau der städtischen Tarife.) Die Fraktion der DVP. verlangt in einem Antrag, daß die Stadtverordnetenversammlung beschließen wolle, den Magistrat zu ersuchen, auf Grund der Auswirkungen der letzten Notverordnung eine entsprechende Herabsetzung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität sowie für den Straßenbahn- und Omnibusverkehr mit sofortiger Wirkung herbeizuführen.

Frankfurt a. M. (Ueberfall im Walde.) Ein junger Mann wollte auf seinem Fahrrad nach Wachenbuchen zurückkehren. Im Fiedelheimer Walde stellten sich ihm plötzlich drei Mann in den Weg, die ihn vom Rade steigen hielten und ihn mit vorgehaltenem Revolver aufforderten, seine gesamte Burschenschaft herauszugeben. Unter diesen Umständen sah sich der junge Mann gezwungen, sein Geld im Gesamtbetrag von 10 Mark abzuliefern. Die Täter verschwanden darauf im Walde.

Frankfurt a. M. (Verurteilung im Falschmünzer-Prozess.) Von den im Falschmünzer-Prozess verurteilten Angeklagten haben einige Berufung eingelegt, darunter auch der zu Gefängnis verurteilte Richter Dehlschläger. Wie erinnert, waren mehrere dieser Falschmünzer in Kaiserslautern verhaftet worden.

Wiesbaden. (Das Brot wird billiger.) Die hiesige Bäckerei sowie die Konsumvereine und Brotfabriken haben sich bereit erklärt, den Brotpreis für alle Brotsorten um 3 Pfennig und zwar von 63 auf 60 Pfennig für das Dreipfundbrot mit sofortiger Wirkung zu senken. Die letzte Preisfestsetzung erfolgte im Juli von 65 auf 63 Pfennig.

Marburg. (Von einem Stier schwer verletzt.) In die hiesige Klinik wurde ein junger Landwirt aus Wahlen bei Alsfeld eingeliefert, dem im Stalle ein wütender Stier an die Hand gedrückt hatte. Der junge Mann erlitt dabei lebensgefährliche Quetschungen.

Kirchhain. (Das Kind im Fieberwahn.) Hier sprang ein neunjähriges Kind, als es von seiner Mutter kurze Zeit allein gelassen war, im Fieberwahn zum Fenster hinaus. Es wurde schwer verletzt in die Marburger Klinik gebracht.

Herborn. (Tödlicher Unfall.) In einer Kurve auf der Landstraße von Freudenberg nach Siegen stürzte der Motorradfahrer Otto Bäumer aus Seelbach mit seinem Fahrzeug eine Böschung hinab und blieb bewußtlos in einem Wassergraben liegen. Aus dieser gefährlichen Lage konnte er sich nicht selbst befreien. Er fand daher durch Ertrinken den Tod.

Bad Ems. (Tödlicher Unglücksfall.) Beim Holzfällen ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Ein von einem Baum abgerissener Ast schlug plötzlich einem Holzfaller mit solcher Wucht auf den Kopf, daß die linke Schädelschuppe vollständig zertrümmert wurde. Ein Arzt ordnete die Ueberführung des Schwerverletzten in das Krankenhaus in Bad Ems an, wo der Unglückliche trotz sofort vorgenommener Operation kurz nach der Einlieferung starb.

Hadamar. (Ein Kind tödlich verunglückt.) Auf noch ungeklärte Weise kam das dreijährige Kind eines hiesigen Landwirts in die Transmission der Dreschmaschine und erlitt dabei derartig schwere Verletzungen, daß es kurz darauf starb.

Strafantrag gegen streikende Gemeinderatsmitglieder.

Stadeden. Kürzlich hatten verschiedene Gemeinderatsmitglieder ihr Amt wegen Meinungsverschiedenheit mit dem Kreisamt niedergelegt. Das Kreisamt hat jetzt dem Gemeinderat mitgeteilt, daß die Mitglieder mit je 500 Mark Geldstrafe belegt würden, wenn sie ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen würden.

Darmstadt. (Festnahme einer Heiratsbetrügerin.) Vor einiger Zeit ist in Roshof eine Heiratsbetrügerin aufgetreten, die in Darmstadt auch einen Einnahmestempel bezogen hat. Es ist jetzt gelungen, die Betrügerin in Wiesbaden festzunehmen. Es handelt sich um die 40-jährige Agnes Zeymer geb. Hübner aus Weiskopf in Thüringen.

Darmstadt. (Streit ums Holz.) In der Waldkolonie kamen zwei Arbeiter wegen Holz in Streitigkeiten, in deren Verlauf der ältere der beiden, ein 54-jähriger Mann mit einem Knüttel derartige Kopfverletzungen erlitt, daß er von der Rettungswache ins Stadtkrankenhaus eingeliefert werden mußte.

Offenbach a. M. (Zigaretten Diebstahl.) Vom Fuhrwerk eines hiesigen Spediteurs wurde in der Bahnhofstraße ein Paket mit Zigaretten im Werte von 600 Mark gestohlen. Der Dieb ist unbekannt.

Mühlstadt i. O. (Einbruch im Finanzamt.) Diebe sind im Finanzamt eingedrungen. Sie hatten es wohl nur auf Geld abgesehen, hatten aber dabei wenig Glück, weil sie die Kassenkassen nicht öffnen konnten. Was aus den durchwühlten Aktenschränken fehlt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Mainz. (Ungetreuer Kassenrechner.) Der 42 Jahre alte Kassenrechner Peter Herd aus Gau-Odernheim hatte sich am 6. Januar ds. Js. bei der hiesigen Staats-

anwaltschaft unter der Selbstbezeichnung gesteuert, zum Nachteil der Spar- und Darlehenskasse e. G. m. b. H. in Gau-Odernheim einen Betrag von 4000 bis 6000 Mark der Kasse entnommen zu haben. Eine sofort vorgenommene Kontrolle ergab ein Konto von 1114 Mark. Es wurde bei dieser Prüfung festgestellt, daß die Bücher in den letzten Jahren sehr unordentlich geführt wurden. Der 21 Jahre alte Sohn des Rechners hatte bei den Fälschungen Beihilfe geleistet. In der gestrigen Verhandlung blieb der Angeklagte Peter Herd dabei, nur etwa 4000 bis 6000 Mark entnommen zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Untreue und Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis bei Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Der Sohn wurde wegen einfacher Urkundenfälschung zu einer Woche Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist verurteilt.

Mainz. (Der Ueberfall auf den Heidesheimer Lehrer.) Der rätselhafte Ueberfall auf den Lehrer Hill in Heidesheim hat bis jetzt noch keine Aufklärung gefunden. Verschiedene Zeugen haben den Lehrer zwar am Rheinufer auf die Fährten warten sehen, von einem Auto, oder dem Vorfahr selbst aber nichts bemerkt. Wie Lehrer Hill bekundet, sollen sich die Täter in polnischer oder russischer Sprache verständigt haben.

Alzen. (Am Tatort abgeschlachtet.) Die kommenden Feiertage machen sich bei den Hühnerbesitzern stark bemerkbar. In der letzten Zeit wurden eine Reihe von Hühnerställen aufgebrochen, Hühner entwendet und nur die Köpfe der saftigen Braten am Tatort zurückgelassen.

Gießen. (Erwerbslosendemonstration.) In den Hauptstraßen der Stadt kam es zu einer Erwerbslosendemonstration, bei der sich ein Umzug bildete, an dessen Spitze der kommunistische Landtagsabgeordnete Benz aus Wiesbaden marschierte. Die Ursache dieser Kundgebung war die Stadtratsitzung, in der ein kommunistischer Winterhilfeantrag zur Beratung kommen sollte. Gruppen von Erwerbslosen hatten bereits einige Stunden vor der Sitzung des Stadtrats am Stadthaus Aufstellung genommen, wurden dort aber durch die Polizei entfernt. Als sich der Zug der Demonstranten nicht von selbst auflöste, löste die Polizei den Zug auf, wobei die Beamten sich gezwungen sahen, vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen. Drei Demonstranten wurden festgenommen, später aber wieder auf freien Fuß gesetzt.

Gießen. (Großer Scheunenbrand.) Eine an der Landstraße nach Wilmshar stehende Feldscheune, die mit Heu und Stroh gefüllt war, geriet in Brand und wurde vollkommen eingeäschert. Auch einige landwirtschaftliche Maschinen wurden von den Flammen zerstört. Die Brandursache steht noch nicht fest.

Abgeordneter Florian zu Gefängnis verurteilt

Wuppertal, 16. Dez. Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Florian-Düsseldorf und Beiler-Wuppertal hatten wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz je einen Strafbefehl von 2 Monaten Gefängnis erhalten. Dieser Strafbefehl gründete sich auf Redewendungen in einer Parteiverammlung in Warmen. Gegen die Strafbefehle hatten beide Abgeordnete richterliche Entscheidung beantragt. Das Gericht verurteilte gestern in einer neunstündigen Verhandlung, die sich bis spät in die Nacht hineinzog, Florian zu sechs Wochen Gefängnis und hob den Strafbefehl gegen Beiler auf. Das Gericht brachte zum Ausdruck, daß der Abgeordnete Florian einmal Redewendungen gebraucht habe, deretwegen er bereits in Gladbach-Rheydt in erster Instanz bestraft worden sei. Das Wuppertaler Gericht habe aber nicht zu berücksichtigen brauchen, daß Florian in Gladbach-Rheydt in zweiter Instanz freigesprochen worden sei; denn er habe in der Wuppertaler Verammlung seine früheren Worte durch einen besonders schroffen Zusatz noch unterstrichen.

Künstlerstreit gegen Kritik

Köln, 16. Dez. 46 Maler und Bildhauer aller Richtungen, die in der Ausstellung Kölner Künstler im Kunstverein vertreten sind, haben als Einspruch gegen die Kritik Kölner Zeitungen plötzlich ihre Arbeiten zurückgezogen. In einer gleichzeitig verbreiteten Flugblattklärung verlangen die Künstler anstelle der Rezensionerteilung positive und sachliche Kritik. Bis zur Klärung der Lage ist die Ausstellung geschlossen worden.

Vergleichsverfahren bei der Rheinischen Bauernbank eröffnet

Köln, 16. Dez. Ueber das Vermögen der Rheinischen Bauernbank A.-G., in Köln, ist am 11. Dezember 1931 das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet worden. Vertrauensperson ist Rechtsanwalt Dr. Gaul, Köln. Vergleichstermin findet am 11. Januar 1932 im Messehof in Köln-Deutz statt.

Auch in Dortmund.

Dortmund, 16. Dez. Auch in der Dortmunder Innenstadt kam es am Dienstagabend zu Unruhen. Nach 6 Uhr abends kam es an den verkehrsreichsten Punkten zu Zusammenrottungen von Erwerbslosen und Kommunisten. Durch Hungerrufe wurden Massenansammlungen hervorgerufen, die den Verkehr stark behinderten. Gegen 21 Uhr nahm die Ansammlung am Burgtor ein derartiges Ausmaß an, daß mehrere Hundertschaften eingesetzt werden mußten. Da sich die Unruhestifter nicht freiwillig entfernten, mußte vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden. Zahlreiche Passanten flüchteten in das Postamt, das ebenfalls von der Polizei mit dem Gummiknüppel geräumt wurde. Bis in die frühen Morgenstunden mußte die Polizei noch an verschiedenen Stellen für Ordnung sorgen und zahlreiche Zwangsgestellungen vornehmen.

40 Demonstranten in Duisburg festgenommen.

Duisburg, 16. Dez. Anlässlich des sogenannten Reichserwerbslosentages kam es gestern abend auch in Duisburg an verschiedenen Stellen der Stadt zu Versammlungen, Demonstrationen zu bilden, die jedoch in allen Fällen von der Polizei erstickt wurden. Etwa 40 Personen wurden aus sicherheitspolizeilichen Gründen und teilweise wegen Vergehens gegen die Notverordnung vom 8. Dezember festgenommen.

Werkspionage-Prozess

Ludwigshafen, 16. Dez. Der Prozess wegen der Werkspionage bei den I. G. Farbenwerken nahm heute seinen Fortgang.

In der gestrigen ersten Verhandlung, die sich hauptsächlich auf die Einlassungen der Angeklagten erstreckte, hatten diese bestritten, gegen die Betriebsgeheimnisse ausgeforscht und an Sowjetrußland ausgeliefert zu haben. Ihr Bestreben sei vielmehr dahin gegangen, Einzelheiten über die Arbeitsverhältnisse zu erfahren und Spezialarbeiter für Sowjetrußland zur Durchführung des Fünfjahresplanes anzuwerben. Nur der Angeklagte Schmid gab zu, um die Auslieferung von Fabrikationsgeheimnissen angegangen worden zu sein.

Auch der zweite Verhandlungstag begann mit unerminderndem Andrang im Zuhörerraum. Zunächst wird erneut Sachverständiger Dr. Winkler von den I. G. Farben zu dem Rohrflößenpatent vernommen. Die Auslagen des Sachverständigen über technische Einzelheiten des Patentes werden abschließend geleistet.

Als nächster Zeuge tritt Dr. Klaus Raschig auf. Dr. Raschig gibt über die einzelnen Verfahren der Firma Dr. F. Raschig Auskunft. Die Herstellung von Kunstharz ist ein besonderes Geheimnis der Firma.

Interessant ist die Mitteilung des Zeugen, daß bereits verschiedene deutsche Firmen an die Chemische Fabrik Dr. F. Raschig herangetreten sind wegen Verkaufs von chemischen Patenten. Auch im Auftrag Sowjetrußlands bemühten sich deutsche Firmen um den Verkauf des Herstellungspatentes der Karbolsäure. Dieser Verkauf wurde jedesmal abgelehnt. Für die Firma entsteht eine schwere Schädigung, wenn das Verfahren verraten wird.

Betriebsleiter Karl Fuchs von der Firma F. Raschig zeigt dann die Spuren auf, durch die die Entdeckung des Spionageversuches gelungen ist.

Als nächster Zeuge wird Proturist Deulchei von der Firma F. Raschig vernommen. Der Zeuge betont ebenfalls, daß die Herstellung von Karbolsäure und Kunstharz ein Geheimverfahren sei und der Betrieb schwer geschädigt werde, wenn etwas verraten würde.

Chemiker Dr. Hans Heuser, der im Versuchsbetrieb der I. G. Farben beschäftigt ist, antwortet auf die Frage, ob man aus den zusammengestellten Berichten von Abschriften der Patentanmeldungen etwas herauslesen könne, mit Ja.

Als erster Zeuge in der Nachmittagsverhandlung wurde die Vernehmung Schmidts durchgeführt. Justizrat Wagner, der Vertreter der I. G. Farbenindustrie, stellt die Frage an ihn, ob es sich ergeben habe, daß Steffen mit russischen Stellen verhandelte. Der Zeuge kann nur erwidern, daß ihm Schmid einmal während der Voruntersuchung mitgeteilt habe, wie er hörte, daß Dienstadt den Steffen fragte, ob die Sachen an die Delegation abgegeben seien. Mit dieser Delegation sei die russische Handelsdelegation gemeint gewesen.

Unter großer Spannung wird Polizeihauptmann Buchmann als Zeuge gehört, der bereits seit dem Frühjahr 1930 die Vorerhebungen leitete. Im Laufe der damaligen polizeilichen Ermittlungen spielten französische Franken, die bei Frau Dehlschläger gefunden wurden, eine Rolle. Der Angeklagte Schmid hat diese französischen Franken damit erklärt, daß Frau Dehlschläger Material an Steffen gegeben habe und dieses von Steffen nach Saarbrücken und weiter nach Frankreich verschoben worden wäre.

Der Zeuge Buchmann teilt dann mit, daß es durch eine Finte gelang, die beiden Verdächtigen, nämlich Steffen und Dienstadt, nach Ludwigshafen zu locken. Man wollte nicht, daß eine auswärtige Polizeibehörde sich mit der Sache befasse, nachdem in Ludwigshafen das meiste Material bereits gesichtet worden war.

Inzwischen haben die polizeilichen Ermittlungen ergeben, daß auch in Frankfurt a. M., Mainz, Offenbach, Höchst a. M. und Berlin verschiedentlich Spionageversuche unternommen wurden. Ob deswegen Anklage erhoben wurde, weiß der Zeuge nicht anzugeben. — Bezeichnend ist, daß in Offenbach a. M. ein Oberingenieur dem untersuchenden Polizeihauptmann Buchmann sagte, daß, wenn ein bestimmtes Verfahren über Edelmetalle bekannt würde, die Fabrik in Offenbach, die dieses Verfahren besitzt, schließen könne.

Sehr interessant gestaltete sich die Aussage Buchmanns über die Durchsuchung der Wohnung des Angeklagten Steffen in Berlin. Der Zeuge ist mit Landgerichtsrat Dr. Weiß nach Berlin gefahren. Als man in Steffens Wohnung kam, war nur eine Haushälterin anwesend, die angab, daß Steffen und auch seine Frau in der russischen Handelsdelegation tätig seien.

Die verweigerter Durchsuchung.

Man fand damals eine Liste mit Dekadressen in einer Rocktasche Steffens. Diesen Adressen ging man nach und kam dabei auf die Offenbacher und Frankfurter Spionageversuche. Zum Teil handelte es sich um die Anwerbung von Spezialarbeitskräften, zum Teil um die Beschaffung von Betriebsnachrichten.

Nachdem die Beamten in der Wohnung Steffens so belastendes Material fanden, wollten sie sofort auch die Räume der russischen Handelsdelegation durchsuchen, um alle Spuren, die etwa von dort nach Sowjetrußland führten, sicherzustellen. Die Berliner Polizei verweigerte aber diese Durchsuchung, weil die Handelsdelegation Exterritorialität genieße. Die vom Auswärtigen Amt erbetene Hausdurchsuchung wurde gleichfalls verweigert.

Es wird dann das Protokoll der Vernehmung des erkrankten Zeugen Theodor Hölzer verlesen, der bei den Motorenwerken Mannheim vorm. Benz, Abteilung stationärer Motorenbau, als Schlosser beschäftigt war. Zu ihm kam um Weihnachten 1930 ein früher bei den Motorenwerken beschäftigter Kurbelwellendrehler und fragte ihn, ob er nach Rußland wolle. Man traf sich dann im kommunistischen Erwerbslosenbüro in H 5, 9; auch Dienstadt kam zu dieser Besprechung. Dienstadt äußerte sich Hölzer gegenüber, daß er an Zeichnungen über Fabrikate der Motorenwerke großes Interesse habe.

Auf Donnerstag vormittag wird die Vernehmung des Sachverständigen Professor Dr. Grimm-Heidelberg angehängt, der sich über die wirtschaftliche Bedeutung der entwendeten Verfahren gutachten äußern soll. Es ist unter Umständen damit zu rechnen, daß das Urteil noch im Laufe des Donnerstag abend gefällt wird.